



24.027

Kulturbotschaft 2025–2028

Message culture 2025–2028

Differenzen – Divergences

CHRONOLOGIE

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 04.06.24 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 11.09.24 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 16.09.24 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 19.09.24 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 27.09.24 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 27.09.24 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 09.12.24 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 04.03.25 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 13.03.25 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 18.03.25 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 19.03.25 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 21.03.25 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 21.03.25 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 03.06.25 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 20.06.25 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 20.06.25 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

3. Bundesgesetz über die Schweizerische Nationalbibliothek

3. Loi fédérale sur la Bibliothèque nationale suisse

Präsidentin (Riniker Maja, Präsidentin): Unser Rat hat in der Beratung vom 9. Dezember 2024 die Vorlage 3 in der Gesamtabstimmung abgelehnt. Da der Ständerat an seinem Beschluss festgehalten hat, beraten wir die Vorlage heute noch einmal.

Frau Balmer begründet die Anträge ihrer Minderheit und spricht auch für die FDP-Liberale Fraktion.

Balmer Bettina (RL, ZH): Ich erlaube mir, gerade meine Minderheitsanträge zu begründen und kurz unsere Fraktionsmeinung einzubringen.

Mit der Bereinigung des Bundesgesetzes über die Schweizerische Nationalbibliothek werden wir wohl nun zum letzten Mal über die Kulturbotschaft 2025–2028 debattieren. Im Nationalrat wäre bei Vorlage 3 der Kulturbotschaft eigentlich alles wunderbar aufgegangen. Doch dann gab es im Ständerat, ohne dass dies vorher in der WBK ein Thema gewesen wäre, plötzlich einen Einzelantrag zu Artikel 5 dieses Entwurfes. In diesem Artikel wird die Frage der Vergütungsansprüche geklärt, die sich stellt, wenn die Nationalbibliothek ihrem Publikum insbesondere mit den Lesesälen und der Ausleihe einen benutzerfreundlichen Zugang zu ihren Sammlungen ermöglichen will. Offenbar reicht es nicht, wie der Bundesrat vorschlägt, dass keine Beeinträchtigung der kommerziellen Auswertung urheberrechtlich geschützter Werke stattfinden darf, dass die berechtigten Interessen der Rechteinhaber und Rechteinhaberinnen gewahrt werden müssen und dass entsprechend der Zugang zu nicht frei zugänglichen elektronischen Informationen beschränkt werden muss.

Der Ständerat hat nun also das Gesetz mit einem nicht gross diskutierten Kompromissvorschlag ausgeweitet. Aus Sicht der Mitglieder der FDP-Fraktion aus dem Nationalrat liegt bei meinen Minderheitsanträgen keine inhaltliche Differenz zum Mehrheitsantrag vor. Wir stören uns vielmehr an dieser neuen Version des Ständerates, weil wir sie als eine Art Misstrauensantrag interpretieren: Man vertraut offensichtlich der Nationalbibliothek nicht wirklich, dass sie sorgfältig mit den Urheberrechten umgeht.

Absatz 4 ist exemplarisch: Da ist möglicherweise fehlender Anstand und offenbar fehlendes Vertrauen im Spiel. Wie sonst kann man es sich erklären, dass ein gelebter Modus Vivendi, bei welchem es notabene um ungefähr 10 000 oder 20 000 Franken geht und der jahrelang ohne Gesetz gut funktioniert hat, nun plötzlich





Eingang in die Gesetzgebung finden muss? Als FDP-Mitglied stehe ich für schlanke Gesetze ein und für einen auf Vertrauen und Anstand beruhenden Umgang miteinander. Was mir weniger gefällt, ist das Aufblähen von Gesetzestexten aufgrund von Misstrauen und alleine zum Zweck einer persönlichen Absicherung. Deshalb, wirklich alleine deshalb habe ich die Minderheitsanträge zu Artikel 5 aufrechterhalten.

Mein Votum ist ein Plädoyer für weniger Gesetzestexte und für mehr Anstand und Vertrauen im Umgang miteinander. Statt prophylaktisch alles vorzuschreiben, könnte man ja auch eingreifen, wenn es wirklich nicht funktionieren würde. Das Leben und die Welt wären meiner Meinung nach deutlich einfacher und unbürokratischer, wenn wir weniger statt immer mehr Regeln und Gesetze aufstellen würden. Dass man der Kultur und den kulturellen Eigenheiten der Schweiz Sorge tragen soll und dass dazu auch ein sorgfältiger Umgang mit Urheberrechten gehört, finde ich auch sehr wichtig und versteht sich eigentlich von selbst. Dies alles wird heute in der Nationalbibliothek schon auf vorbildliche Art gelebt; davon konnten wir uns als Kommission anlässlich eines wirklich spannenden Besuchs in der Nationalbibliothek überzeugen.

Präsidentin (Riniker Maja, Präsidentin): Die Grünliberale Fraktion unterstützt den Antrag der Mehrheit.

Roth Pasquier Marie-France (M-E, FR): Souvenez-vous : en décembre de l'année dernière, notre conseil rejetait au vote sur l'ensemble et par une alliance entre la gauche et le groupe UDC le projet 3 du message culture 2025–2028 qui vise l'introduction du dépôt légal numérique dans la loi fédérale sur la Bibliothèque nationale suisse. Lors des débats, une certaine confusion s'était fait jour entre rémunération, reconnaissance des artistes, garantie du droit de la propriété intellectuelle et dédommagement des frais engendrés par la livraison. Or, le projet de modification de loi du Conseil fédéral préserve la propriété intellectuelle.

À la suite à ce rejet, notre commission soeur a décidé de s'informer concrètement de la manière dont la Bibliothèque nationale suisse remplissait son mandat de collecte, et de la nécessité d'introduire le dépôt légal numérique. Le dépôt légal numérique doit permettre à la Bibliothèque nationale de collecter elle-même les informations numériques qui se rapportent à la Suisse, qu'elles soient accessibles librement ou non.

Le Conseil des États a adopté la proposition de sa commission qui prévoit que la consultation des oeuvres ne soit possible que sur place à la Bibliothèque nationale, à moins que l'identité des usagers et des usagères n'ait été dûment vérifiée.

Notre commission a préféré, à une forte majorité, la version du Conseil des États à celle du projet du Conseil fédéral. Le Conseil des États a, d'autre part, introduit un nouvel élément, à savoir le versement d'une prestation d'un montant forfaitaire à une société de gestion des droits d'auteur, utilisé pour des projets en faveur des acteurs culturels. Cette proposition a été soutenue par la commission.

Le groupe du Centre suivra cette nouvelle proposition du Conseil des États, qui introduit plus de clarté dans le mandat légal de collection de la Bibliothèque nationale et permet

AB 2025 N 755 / BO 2025 N 755

ainsi de répondre aux réserves soulevées lors de notre premier débat en plénum.

Je vous recommande donc de suivre la majorité de votre commission et, ainsi, le Conseil des États.

Prelicz-Huber Katharina (G, ZH): Aus Sicht der Grünen ist die Nationalbibliothek eine wichtige Institution. Die WBK hatte das Vergnügen, Einblick in die Nationalbibliothek zu erhalten, was enorm beeindruckend war. Beeindruckend ist nicht nur, was alles gesammelt wird, sondern auch, mit welcher Begeisterung und welchem grossem Fachwissen vorgegangen wird.

Aus unserer Sicht sind drei Elemente wichtig: erstens die breite Sammeltätigkeit der Nationalbibliothek, auch digital, zweitens der Schutz des geistigen Eigentums und drittens die Förderung der Kulturschaffenden. Nun liegt ein gangbarer Kompromiss vor, den uns der Ständerat präsentiert. Wir hoffen, dass wir hierfür eine klare Mehrheit erreichen.

Wir Grünen unterstützen den breiten Ansatz der Sammlung in der Nationalbibliothek. Gesammelt werden nicht nur die Werke berühmter Künstler und Künstlerinnen, Schriftsteller und Schriftstellerinnen, sondern die ganze Breite der schweizerischen Kultur bis hin zu Musikdokumenten und Plakaten; wir haben einige originelle Exemplare besichtigen können. Die Breite, die Vielfalt der Schweiz soll gezeigt werden, damit nachfolgende Generationen verstehen, wie wir gelebt haben, was wir gedacht haben und welche Normen und Werte wir vertreten haben.

Ich habe es erwähnt: Der vorliegende Kompromiss ist für uns ein gangbarer Weg. Eine breite Sammeltätigkeit ist möglich, wobei auch dem Schutz der Urheber und Urheberinnen Gewicht gegeben wird, was gerade im digitalen Bereich wichtig ist. Texte und Publikationen dürfen nicht einfach verwendet werden, wenn möglich sogar noch mit Gewinn, ohne dass den Urhebern und Urheberinnen etwas bezahlt wird. Das ist leider ein



riesiges Problem – nicht erst in Zukunft, wir stehen mittendrin. Texte und Publikationen werden verwendet, ohne dass gesagt wird, wer der Urheber oder die Urheberin ist. Das ist nicht nur beim Schriftlichen, sondern beispielsweise auch in der Musik ein riesiges Problem. Kulturschaffende müssen auch leben, sie müssen etwas bekommen für ihre Werke, ihre Existenzsicherung muss gewährleistet sein. Deshalb nochmals: Wir haben hier eine gute Variante. Alle Werke sollen online für ein Studium, für die Forschung zugänglich sein, wenn die Benutzenden auch geprüft sind. Online soll für alle verfügbar sein, was ohnehin öffentlich zugänglich ist.

Wichtig ist für uns der Beitrag an den Kulturfonds, nicht nur als Kann-Variante wie bei der Minderheit I (Balmer), sondern verbindlich. Es soll eine klare Unterstützung, ein Beitrag an die Existenzsicherung der Kulturschaffenden gewährleistet werden.

Deshalb bitte ich Sie im Namen der Grünen Fraktion, Ja zu sagen zur Mehrheit und die Minderheiten abzulehnen.

Präsidentin (Riniker Maja, Präsidentin): Die SVP-Fraktion verzichtet auf ein Votum.

Revaz Estelle (S, GE): Pour commencer, j'aimerais rappeler que le groupe socialiste soutient la mission de la Bibliothèque nationale suisse. Par contre, ce que nous ne pouvons pas accepter, c'est que les ayants droit, à savoir les milieux culturels et les médias, soient lésés de façon disproportionnée par la modification de loi sur laquelle nous sommes en train de travailler. Les ayants droit se sont unanimement prononcés en défaveur de cette modification de loi.

Leurs doléances sont multiples. Si je liste, cela donne :

- changement de paradigme formel en leur défaveur ; rappelons qu'il n'existe pas de dépôt légal analogique et qu'il ne s'agit donc pas d'une simple mise à niveau pour le numérique ;
- affaiblissement de l'esprit du droit d'auteur, pourtant nécessaire à la survie économique et professionnelle des milieux concernés ;
- absence de rémunération, même symbolique ;
- absence de dédommagement automatique ;
- absence de reconnaissance, même symbolique, du travail culturel et médiatique ;
- absence de protection suffisante contre le vol de données par les IA génératives.

Alors on peut argumenter des heures durant sur les différences d'interprétation du droit d'auteur, et on peut prolonger le débat pour savoir si les ayants droit ont raison ou non de se sentir lésés. Mais, pour nous, une chose est claire, indépendamment des arguments et contre-arguments qu'on peut donner pour chaque point, la liste nous semble trop longue.

Nous saluons de tout coeur le fait que le Conseil des États ait pris en considération les inquiétudes des ayants droit et ait proposé un compromis.

La contribution annuelle volontaire de la Bibliothèque nationale suisse à hauteur de 20 000 francs en soutien aux acteurs culturels est un geste symbolique, mais qui répond à une préoccupation fondamentale des ayants droit. Leur travail mérite d'être reconnu. Je crois que nous ne devons pas oublier que, sans leur travail, il n'y aurait tout simplement pas de Bibliothèque nationale en Suisse.

Honnêtement, le fait que le groupe libéral-radical demande de modifier le verbe pour rendre la formulation facultative nous scandalise. Les ayants droit ont, avec cette loi, l'obligation de donner un exemplaire de leur oeuvre. Il est donc normal que la Bibliothèque nationale ait aussi l'obligation de verser sa contribution symbolique.

L'identification des utilisateurs et la certification indépendante concernant la sécurité de l'information répondent à la préoccupation des ayants droit concernant le risque de vol de données par les IA génératives. La Bibliothèque nationale assure que son système de sécurité est fiable. La réalité de l'actualité montre que les choses ne sont pas si simples ; d'un point de vue légal d'abord, parce que les IA génératives nous confrontent à des défis inédits, et, plus concrètement, d'un point de vue technique. Plusieurs affaires nous le montrent. La Bibliothèque nationale de France en a fait les frais il y a quelques années. Plus récemment, le "New York Times" s'est fait spolier par les IA génératives, et Google a réussi à numériser illégalement des millions de livres pour son projet Google Books. On ne doute pas de la bonne foi de la Bibliothèque nationale. La réalité ne nous permet pas de la croire sur parole. Il me semble normal d'offrir un minimum de garantie aux ayants droit, ce que permet cette proposition du Conseil des États.

Le Conseil des États propose ces modifications de manière unanime. Le Conseil fédéral les soutient, la Bibliothèque nationale est d'accord avec ces propositions. Les ayants droit les considèrent comme une amélioration, certes minimale, mais comme une amélioration quand même. C'est pour cela que nous vous remercions de



suivre la majorité de la commission et de rejeter les minorités.

Baume-Schneider Elisabeth, Bundesrätin: Es handelt sich bei Vorlage 3 um eine Gesetzesänderung mit einem klaren Ziel: Die Nationalbibliothek soll ihren Auftrag auch im digitalen Zeitalter erfüllen können. Dafür braucht es das "dépôt légal numérique". Weil die digitalen Helvetica anders als Produkte in analogen Bereichen durch verschiedenste Produzenten erstellt werden, sieht sich die Nationalbibliothek einer Heterogenität von Anbietern gegenüber. Die Nationalbibliothek verfügt im digitalen Bereich nicht über Ansprechpartner, die den Abschluss von Vereinbarungen ermöglichen würden. Aus diesem Grund braucht es eine gesetzliche Grundlage für das "dépôt légal numérique".

Die Notwendigkeit eines "dépôt légal numérique" ist in beiden Räten unbestritten. In der Differenzbereinigung haben insbesondere zwei Fragen Anlass zur Diskussion gegeben: erstens die Frage, ob der Zugang zur digitalen Sammlung der Nationalbibliothek auch von zuhause aus oder, aus Gründen der Informationssicherheit, nur vor Ort in Bern möglich sein soll; zweitens stellte sich die Frage, ob der Bund für die Nutzung und Vermittlung digitaler Inhalte eine Entschädigung bezahlen soll oder nicht. Zu beiden Fragen hat der Ständerat eine Lösung erarbeitet, der sich eine grosse Mehrheit Ihrer vorberatenden Kommission angeschlossen hat und die auch der Bundesrat unterstützt. Der Beschluss des

AB 2025 N 756 / BO 2025 N 756

Ständerates adressiert die verschiedenen Anliegen bei dieser Vorlage in überzeugender Weise. Er schafft einen Ausgleich der verschiedenen Interessen von Kulturschaffenden, Informationsanbietern, der Nationalbibliothek und nicht zuletzt der Bevölkerung, die einen einfachen Zugang zu den Informationen zur Schweiz wünscht.

Afin de garantir la sécurité de l'information, le Conseil des États souhaite que la consultation en ligne de données qui ne sont pas librement accessibles soit soumise à certaines conditions. Ainsi, l'identité des utilisatrices ou des utilisateurs doit être vérifiée au moyen d'une pièce d'identité officielle, et une certification indépendante de la sécurité des informations doit être effectuée régulièrement par une entreprise externe. En outre, il convient de préciser que la Bibliothèque nationale conserve les informations en Suisse, dans un système fermé. L'ensemble de ces mesures permet de garantir un niveau de sécurité de l'information élevé.

Le second point sur lequel je souhaite brièvement revenir concerne la question de savoir si la Bibliothèque nationale devrait verser une indemnité pour l'utilisation des Helvetica numériques. Dans le domaine analogique, une telle indemnisation n'existe pas, et il n'est pas non plus prévu d'introduire une indemnisation obligatoire dans le domaine numérique, et ce, pour les raisons suivantes. Premièrement, la Bibliothèque nationale a pour mandat de collecter le patrimoine culturel documentaire de notre pays et surtout de le rendre accessible au public. Elle ne vise pas une exploitation commerciale des objets de ses collections, et l'exploitation commerciale des œuvres reste dès lors réservée aux titulaires des droits et est pleinement garantie. Deuxièmement, le fait de soumettre le dépôt légal numérique à une indemnisation conduirait à un changement de paradigme notoire. En effet, à l'exception d'une contribution annuelle aux frais d'envoi postaux, les libraires ou encore les éditeurs remettent aujourd'hui gratuitement les ouvrages analogiques à la Bibliothèque nationale. Troisièmement, on connaît des systèmes de dépôt légal numérique gratuits, notamment dans les cantons de Genève, de Fribourg ou encore dans le canton de Vaud, de même que dans nos pays voisins. Ceci a été mentionné : le Conseil des États a travaillé sur un compromis, qui est peut-être symbolique, mais qui montre une attention à une thématique de première importance.

Dès lors, il est envisageable de prévoir une contribution d'un montant de l'ordre de 20 000 francs. Ce montant serait versé à une société de gestion des droits d'auteur. Le Conseil des États propose d'inscrire cette contribution dans la loi, ce qui concrétise un compromis auquel le Conseil fédéral peut adhérer.

Vu ce qui précède, je vous demande de suivre le Conseil des États, de même que la majorité de votre commission chargée de l'examen préalable du projet 3.

Durrer Regina (M-E, NW), für die Kommission: Nachdem der Nationalrat am 9. Dezember 2024 nicht auf die Vorlage 3 der Kulturbotschaft, also das Bundesgesetz über die Schweizerische Nationalbibliothek, eingetreten ist, hat der Ständerat an seiner Sitzung vom 4. März 2025 ein zweites Mal über dieses Gesetz beraten. Wir befinden uns heute in der Differenzbereinigung und haben die Chance, die letzten Differenzen zu beseitigen und so die Kulturbotschaft 2025–2028 abzuschliessen. Anlässlich der Sitzung vom 27. März hat die Kommission die letzten Differenzen beraten.

Sie erinnern sich, die Nationalbibliothek ist das Gedächtnis der modernen Schweiz. 1895 gegründet, sammelt sie alle relevanten Publikationen, die in der Schweiz oder über die Schweiz veröffentlicht werden. Das sind die sogenannten Helvetica. So stehen all diese Werke zur Erforschung der historischen Entwicklung der Schweiz



allen zur Verfügung. Nebst den traditionellen Medien haben in den letzten Jahren die digitalen Werke und Medien, die digitalen Helvetica, je länger, je mehr eine Rolle gespielt. Allgemein gehören zu den digitalen Helvetica E-Books, Online-Ausgaben von Zeitungen, Podcasts, ausgewählte Websites oder auch Musik- und Tonveröffentlichungen, nicht aber E-Mails oder Social-Media-Inhalte. Aufgrund des fehlenden klar definierten Gegenübers fordert die Nationalbibliothek eine neue gesetzliche Grundlage für das kostenlose "dépôt légal numérique". Diese neue Pflichtexemplarregelung gilt ausschliesslich für digitale Helvetica. Für alle anderen Publikationen bleiben die bestehenden Vereinbarungen massgebend.

Gemäss Beschluss des Ständerates sollen mit Artikel 5 Absätze 2 und 3 den Besuchern der Nationalbibliothek nur frei zugängliche elektronisch verfügbare Informationen zur Verfügung stehen; bei nicht frei zugänglichen Informationen wäre ein zertifizierter Identitätsnachweis vorzulegen. Diese Spezifizierung wurde von der WBK-N mit 21 zu 3 Stimmen angenommen. Mit dem Antrag der Minderheit II (Balmer) soll auf diese Präzisierungen verzichtet und der Entwurf des Bundesrates unterstützt werden.

Bei Artikel 5 Absatz 4 geht es um die Entschädigung. Mit dem Minderheitsantrag I (Balmer) wird eine Kann-Formulierung gefordert. Die Mehrheit folgt dem Ständerat, der einen jährlichen Beitrag von etwa 20 000 Franken vorschlägt, der in den Kulturfonds einer Verwertungsgesellschaft fliessen soll. Dieser Kompromiss kommt den Forderungen des Dachverbandes der Verwertungsgesellschaften, Swisscopyright, entgegen, der eine höhere Entschädigung gefordert hatte. Die Kommission hat sich mit 21 zu 3 Stimmen dafür ausgesprochen, dem Ständerat zu folgen, und die gesamte Vorlage einstimmig zur Annahme empfohlen.

In diesem Sinne empfehlen wir Ihnen, der Mehrheit zu folgen und so das Gedächtnis der Schweiz, die Nationalbibliothek, erfolgreich weiterzuführen.

Freymond Sylvain (V, VD), pour la commission: Nous traitons aujourd'hui du projet 3 du message culture, qui concerne l'introduction d'un dépôt légal numérique dans la loi sur la Bibliothèque nationale. Nous en sommes à l'élimination des divergences. Le 9 décembre dernier, notre conseil est entré en matière sans opposition et a rejeté le projet au vote sur l'ensemble par 99 voix contre 86 et 1 abstention. Le 4 mars 2025, le Conseil des États a adopté à l'unanimité une version modifiée du projet dans le but de trouver un compromis. C'est sur cette nouvelle version que la commission de notre conseil s'est penchée le 27 mars 2025.

Les propositions en question couvrent deux axes bien précis. Le premier concerne la reconnaissance du travail des ayants droit. Selon la première mouture du projet, les ayants droit avaient l'obligation de remettre un exemplaire de leurs oeuvres à la Bibliothèque nationale sans pouvoir prétendre à une rémunération ou au moindre dédommagement. Ceci avait été très mal accueilli par les ayants droit, qui se sentaient lésés par cette disposition, et par la majorité de notre conseil, qui, en conséquence, avait refusé le projet au vote sur l'ensemble.

Dans un souci de compromis, le Conseil des États nous propose de rajouter à l'article 5 un alinéa 4 qui acte une contribution financière de la part de la Bibliothèque nationale en guise de reconnaissance pour le travail des ayants droit. En vertu de cet alinéa, la Bibliothèque nationale devra verser un montant forfaitaire de 20 000 francs par année à une société de gestion des droits d'auteur. L'argent ne sera pas versé à des créateurs individuels, mais consacré à des projets de réflexion et de sensibilisation liés, par exemple, aux droits d'auteur. Par 21 voix contre 3, la commission de notre conseil a accepté cette proposition. La majorité de la commission de notre conseil considère qu'il est important d'inscrire cette contribution symbolique dans la loi afin de garantir son application.

La minorité I demande de remplacer le verbe "verse" par "peut verser une contribution". Par 14 voix contre 10, notre commission estime que si les ayants droit ont l'obligation de remettre un exemplaire de leurs oeuvres à la Bibliothèque nationale, il est essentiel que celle-ci doive leur verser en retour une contribution symbolique. Il a d'ailleurs été rappelé que cette disposition était soutenue tant par le Conseil fédéral que par la Bibliothèque nationale elle-même. La minorité II demande de renoncer à cet alinéa 4, le jugeant inutile.

Le second axe concerne la question de la sécurité de l'information. En effet, pour répondre aux inquiétudes des ayants

AB 2025 N 757 / BO 2025 N 757

droit et ainsi rééquilibrer le projet, le Conseil des États nous propose plusieurs modifications susceptibles de protéger de façon adéquate les oeuvres du vol de données, notamment par les IA génératives. En plus du délai de protection, il suggère de restreindre la consultation des documents qui ne sont pas librement accessibles sur Internet. Ces documents devront être en priorité consultés dans les locaux de la Bibliothèque nationale à Berne. Si une consultation en ligne est souhaitée, par exemple pour des personnes qui ne peuvent pas se déplacer, un contrôle de l'identité sera obligatoire. Le système d'accès devra être approuvé périodiquement



pour une certification indépendante afin de garantir la protection contre la copie et la diffusion des oeuvres. Étant donné l'évolution constante des IA génératives, la certification devra être renouvelée périodiquement. À l'article 5 alinéas 2 et 3, la majorité de notre commission vous recommande, par 21 voix contre 3, de suivre la proposition du Conseil des États.

La majorité de notre commission vous recommande de suivre toutes les modifications issues du Conseil des États, sans exception. Elle se réjouit de pouvoir revenir vers vous avec un projet qui fait consensus, puisqu'il est également soutenu par le Conseil fédéral et la Bibliothèque nationale. Si l'ensemble des revendications des ayants droit n'ont pas pu être prises en compte, ces derniers ont reconnu que cette version du projet leur paraissait plus équilibrée.

Präsidentin (Riniker Maja, Präsidentin): Am vergangenen Sonntag haben unser Kollege Peter Schilliger und unsere Kollegin Min Li Marti Geburtstag gefeiert. Heute feiern unsere Kollegen Michael Graber und Martin Bäumle Geburtstag. Ihnen allen wünschen wir alles Gute! (*Beifall*)

Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen
L'entrée en matière est décidée sans opposition

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress; Ziff. I Einleitung; Art. 2 Abs. 1; 3 Abs. 1 Einleitung, Bst. a, c, 3; Art. 3a; 4 Abs. 2
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Titre et préambule ; ch. I introduction ; art. 2 al. 1 ; 3 al. 1 introduction, let. a, c, 3 ; art. 3a ; 4 al. 2
Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil des États

Angenommen – Adopté

Art. 5
Antrag der Mehrheit
Abs. 2–4
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit I
(Balmer, de Montmolin, Gafner, Heimgartner, Huber, Hug, Sauter, Wandfluh)
Abs. 4
Zur Unterstützung der Kulturschaffenden kann die Nationalbibliothek einen jährlichen Beitrag in den Kulturfonds einer Verwertungsgesellschaft bezahlen.

Antrag der Minderheit II
(Balmer, de Montmolin, Sauter)
Abs. 2, 3
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
Abs. 4
Streichen

Art. 5
Proposition de la majorité
Al. 2–4
Adhérer à la décision du Conseil des États

Proposition de la minorité I
(Balmer, de Montmolin, Gafner, Heimgartner, Huber, Hug, Sauter, Wandfluh)
Al. 4
... la Bibliothèque nationale peut verser une contribution annuelle ...



Proposition de la minorité II

(Balmer, de Montmollin, Sauter)

Al. 2, 3

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 4

Biffer

Präsidentin (Riniker Maja, Präsidentin): Herr Aeschi beantragt, über die Absätze getrennt abzustimmen.

Abs. 2 – Al. 2

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 24.027/30651)

Für den Antrag der Mehrheit ... 164 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit II ... 25 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Abs. 3 – Al. 3

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 24.027/30652)

Für den Antrag der Mehrheit ... 167 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit II ... 20 Stimmen

(3 Enthaltungen)

Abs. 4 – Al. 4

Erste Abstimmung – Premier vote

(namentlich – nominatif; 24.027/30653)

Für den Antrag der Mehrheit ... 102 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit I ... 89 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Zweite Abstimmung – Deuxième vote

(namentlich – nominatif; 24.027/30654)

Für den Antrag der Mehrheit ... 103 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit II ... 82 Stimmen

(6 Enthaltungen)

Art. 10 Abs. 4; 10a; 12 Abs. 2; Ziff. II

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 10 al. 4 ; 10a ; 12 al. 2 ; ch. II

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des États

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

(namentlich – nominatif; 24.027/30655)

Für Annahme des Entwurfes ... 131 Stimmen

Dagegen ... 61 Stimmen

(0 Enthaltungen)



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Sommersession 2025 • Zweite Sitzung • 03.06.25 • 08h00 • 24.027
Conseil national • Session d'été 2025 • Deuxième séance • 03.06.25 • 08h00 • 24.027



Präsidentin (Riniker Maja, Präsidentin): Die Vorlage ist bereit für die Schlussabstimmung.

AB 2025 N 758 / BO 2025 N 758

